

Es reicht, Herr Lauterbach!

Bad Segeberg, 27.12.2018

Mit Empörung hat die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) auf die jüngsten Äußerungen von Karl Lauterbach reagiert. Der SPD-Bundestagsabgeordnete hatte behauptet, Ärzte würden zu viel Zeit auf dem Golfplatz verbringen.

„Die Äußerungen von Herrn Lauterbach sind eine Frechheit“, sagten die beiden Vorstände der KVSH, Dr. Monika Schliffke und Dr. Ralph Ennenbach. „Sie beleidigen die niedergelassenen Ärzte, die sich mit großem Engagement und hohem Zeitaufwand jeden Tag um die Versorgung kranker Menschen kümmern - sei es in den Praxen oder im Bereitschaftsdienst.“

Der KVSH-Vorstand forderte Lauterbach auf, seinen Elfenbeinturm zu verlassen und einen Blick in die Praxen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte zu werfen. Dann wäre ihm bewusst, dass die Niedergelassenen im Schnitt 52 Wochenstunden arbeiten und häufig viel mehr Sprechstunden leisten als sie müssten. Man merke, dass der sogenannte Gesundheitsexperte der SPD zwar Arzt, aber noch nie in der Versorgung kranker Menschen tätig gewesen sei. „Ansonsten wüsste er, dass sich Ärzte neben ihren Sprechstunden mit Bürokratie herumschlagen müssen, Hausbesuche machen und sich in Seminaren fortbilden.“ Viel Freizeit bleibe somit nicht übrig.

Mittlerweile habe das Ärzte-Bashing einiger Politiker und Krankenkassenfunktionäre ein unerträgliches Stammtischniveau erreicht, das offensichtlich nur dazu diene, die eigene Profilneurose zu befriedigen. Gleichzeitig werde versucht, der Öffentlichkeit vorzugaukeln, dass Medizinische Versorgungszentren (MVZ) die Lösung wären. Denn in den MVZ - so Lauterbach - seien „Öffnungszeiten von 6 bis 23 Uhr“ denkbar und „eine Art Schichtbetrieb“ für Mediziner möglich, was für Kassenpatienten ein großer Fortschritt wäre.

„Dies zeigt, dass die ärztliche Freiberuflichkeit einigen Politikern schon lange ein Dorn im Auge ist“, so Schliffke und Ennenbach weiter. Hier werde Klientelpolitik für MVZ betrieben, um freiberuflich geführte Praxen mittelfristig durch eine weitere Verschärfung der Rahmenbedingungen abzuschaffen.